

**Redebeitrag von Renate Wanie, Mitglied im HDer Friedensratschlag und Delegierte im Friedensbündnis HD
auf der regionalen Demonstration „Nein zu Krieg und Hochrüstung – Ja zu Frieden und internationaler Solidarität!“ in Heidelberg am 3. Oktober 2024**

> Sprechen möchte ich über zwei aktuelle Themen:

Die geplante Stationierung von Mittelstreckenraketen und über die Militarisierung in der Schule.

„Zum ersten Mal seit Ende des Kalten Krieges sollen in Deutschland wieder US-Raketen stationiert werden, die Russland treffen könnten. Dieser Tabubruch hat einen gefährlichen neuen Rüstungswettlauf eingeläutet, der keine Sicherheit schafft, sondern den internationalen Rüstungswettlauf verschärft. Wir könnten in eine neue Katastrophe hineintaumeln“ (IPPNW Newsletter 179, 9/2024)

Der Appell des Verteidigungsministers Boris Pistorius jedoch lautet:
Wir müssen wieder kriegstüchtig werden!

Zur Stationierung v. Mittelstreckenraketen in Deutschland

Am 11. Juli hat die Bundesregierung die einseitige Entscheidung der USA abgenickt, Mittelstreckenraketen auf technologisch höchstem Stand in Deutschland zu stationieren. Das ist die bisher gefährlichste Entscheidung in der gegenwärtigen Eskalationsspirale – **ohne irgendwelche Perspektiven von Abrüstung und Rüstungskontrolle! Und ohne eine Diskussion und Abstimmung im Bundestag!**

Von 2026 an wollen die USA weitreichende Marschflugkörper vom Typ Tomahawk in Deutschland stationieren. Kanzler Scholz lobte die geplante Stationierung und begründet sie mit der Bedrohung durch Russland. Zusätzlich sollen SM-6-Raketen mit einer Reichweite von 370 km und 3,5-facher Überschallgeschwindigkeit zur Abwehr von Marschflugkörpern stationiert werden. Sowie als Endstufe auch noch Hyperschallwaffen, die derzeit noch entwickelt werden.

Inzwischen **dürfen deutsche Waffen nach Maßgabe der Bundesregierung russisches Gebiet erreichen** und deutsche Panzer sich im russischen Gebiet Kursk bewegen.
->**Deutschland liefert mehr Waffen an die Ukraine als der Rest Europas zusammengenommen!**

Je länger der Krieg in der Ukraine dauert, umso dichter wird Deutschland in diesen Krieg verstrickt – mit einem unter dem Druck der Ultrationalen stehenden, sich radikalierenden Präsidenten Selenskyj.

Und offenbar hat Berlin außer Eskalation und Aufrüstung keine Ideen,

*die Entscheidung für die Stationierung der Raketen zumindest mit einem Abrüstungsangebot zu verbinden – wie damals beim NATO-Doppelbeschluss!

*Oder: eine deutsche Friedensinitiative mit China oder Südafrika oder vor allem den Vereinten Nationen zu betreiben!

Dieses massive Aufrüstungsprogramm weckt Erinnerungen an die Stationierung von atomaren US- Mittelstreckenraketen in der Bundesrepublik zwischen **1983 und 1987**. Damals demonstrierten Hunderttausende Menschen in der Bundesrepublik und Millionen in Europa gegen die Raketenstationierung

Unser damaliger Protest trug erfolgreich dazu bei, dass 1987 die USA und die UdSSR den INF-Vertrag abschlossen. Dieser Vertrag verbot damals eine ganz Waffengattung, die landgestützte atomare Mittelstreckenwaffen mit einer Reichweite von 500 und 5500 km. **Die in Deutschland bereits stationierten Waffen wurden verschrottet!!** Viele glaubten, in den 1990er Jahren, das Wettrüsten des Kalten Kriegs sei Geschichte. **Das war und ist eine Täuschung!**

Heute geht es bei der geplanten Stationierung in Deutschland zunächst nicht um Atomwaffen.

Allerdings: Dies lässt sich ändern. Denn **grundsätzlich sind die Marschflugkörper sowohl konventionell, als auch atomar bestückbar.**

„Die Frage der Nuklearfähigkeit der neuen Waffensysteme wird unterschiedlich beantwortet. Das schwedische Friedensforschungsinstitut SIPRI spricht allgemein von einer möglichen doppelten Fähigkeit vieler Hyperschallwaffen und einem Paradebeispiel für die konventionell-nukleare Verflechtung. Das Risiko der nuklearen Eskalation ergebe sich durch diese Verstrickung, denn mit den Hyperschallwaffen können die Atomarsenale oder andere wichtige Infrastruktur vernichtet werden.“ (IPPNW-Information, September 2024)

Die neuen Marschflugkörper sollen deutlich mehr als 2000 Kilometer Reichweite aufweisen. Damit wäre auch die russische Hauptstadt Moskau erreichbar.

Da **keine Option für Verhandlungen vorgesehen ist**, wird dieser Schritt einen beschleunigten Rüstungswettlauf in Gang setzen.

Ja, wir brauchen eine Zeitenwende! Eine Friedenswende hin zu Friedenstüchtigkeit, d.h.

- Die deutsche Regierung muss Druck machen für einen Waffenstillstand!
 - Wir brauchen Initiativen zur Rüstungskontrolle und zur Abrüstung sowie einen Nachfolgevertrag zum INF-Vertrag!
 - Wir brauchen Friedensverhandlungen zur sofortigen Beendigung des Krieges in der Ukraine, wie auch in Israel / Palästina und im Libanon!
 - Wir fordern: Keine Stationierung von US-Mittelstreckenraketen in Deutschland!
 - Wir fordern: Atomwaffen raus aus Deutschland! Und die sofortige Unterzeichnung des Atomwaffenverbotsvertrags
 - Wir fordern statt Milliarden in die Rüstung! – Geld in Bildung, Gesundheitswesen, Sozialstaat und Klimaschutz!
-

Bundeswehr in der Schulbildung

Noch einen Blick auf ein anderes Thema: **Die Militarisierung im Bereich Bildung. Ich arbeite mit in der landesweiten Kampagne „Schulfrei für die Bundeswehr! Lernen für den Frieden.“** Die konkrete Arbeit des Bündnisses „Schulfrei für die Bundeswehr!“ richtet sich gegen die **Kooperationsvereinbarung zwischen Bundeswehr und Kultusministerien** (z.B. hier bei uns

in BaWü), **die den Jugendoffizieren der Bundeswehr einen privilegierten Zugang zu Schulen ermöglicht.** Ja, das gibt es!

„Die Bundeswehr ist seit Jahrzehnten bereits in Schulen präsent. Neun der 16 Bundesländer gewähren den Streitkräften im Rahmen von **Kooperationsverträgen sogar einen privilegierten Zugang zu Schulen und zur Ausbildung der Lehrkräfte an Hochschulen.**“

Ich zitiere aus dem aktuellen Jahresbericht der Jugendoffiziere und Offizierinnen:

*5.499 Veranstaltungen der Bundeswehr im Jahr 2023

*Die überwiegende Zahl der Vorträge wurde an Schulen gehalten, knapp 122.000 Schülerinnen und Schüler sowie Studierende sind erreicht worden, zudem

*36.000 „Multiplikatorinnen und Multiplikatoren“ aus dem Schulbereich und in Schulbehörden.

Von solchen Zahlen kann die Friedenspädagogik und Friedenspolitik nur träumen. Friedensbildung an Schulen ist weder strukturell noch personell verankert.

*Über 94 hauptamtliche Dienstposten für Jugendoffiziere verfügt die Bundeswehr derzeit, die für Unterrichtsgespräche geschult werden.

*Hinzu kommen mehrere hundert Karriereberaterinnen und -berater, für die auch die Abschlussklassen geöffnet werden sollen, so die Begründung, z.B. des bayerischen Gesetzes.

-> Bundesverteidigungsminister Boris Pistorius sagt dazu im Jahresbericht 2023: *Die Arbeit der Jugendoffizierinnen + -Offiziere verhelfen mit ihrer Arbeit zu mehr Mündigkeit und Information.*

->Doch politische Bildung gehört in die Hände der dafür ausgebildeten Lehrkräfte und nicht in die Hände von uniformierten Soldat*innen, die an den verteidigungspolitischen Richtlinien des Bundesverteidigungsministeriums verpflichtet sind.

Ein weiterer Kritikpunkt: Laut Koalitionsvertrag der Ampelregierung soll der Dienst an der Waffe erst ab 18 Jahren möglich sein. Doch

*im vergangenen Jahr wurden **knapp 2000 Minderjährige rekrutiert**, darunter 315 Mädchen.

*Zunehmend wird hierzulande **Werbung fürs Militär bei Minderjährigen** praktiziert, z.B. mit personalisierten Postkarten, die Minderjährige ansprechen, bei der Jugendmesse „You“ oder der Gamescom oder in sozialen Medien.

Diese Aktivitäten mit dem Ziel, Interessen für das Militär zu wecken, verstößt gegen die Kinderrechte der UN. (Darauf hat z.B. die Kinderkommission des Bundestages bereits hingewiesen.) Seit Jahren engagiert sich die GEW (Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft) für die Einhaltung der Kinderrechte.

Ich schließe mit den Worten von Anja Bensinger von der Gewerkschaft GEW:

„Bildungseinrichtungen dürfen nicht für militärische Zwecke missbraucht werden. Wissenschaft und Lehre haben die gesellschaftliche Aufgabe, zu einer menschenwürdigen, sozialeren und nachhaltigeren Welt beizutragen, in der Probleme und Konflikte gewaltfrei gelöst werden!“

Wehrhaft sollte Schule die Kinder und Jugendlichen freilich dennoch machen:
wehrhaft

**gegen Ungerechtigkeiten*

**gegen Rassismus, *Antisemitismus und *Faschismus, gegen *Angriffe auf die
Demokratie.“*

Forderungen für die Schulbildung:

- Keine Bundeswehr an Schulen und keine neue Wehrpflicht!
- Keine Kooperationsvereinbarungen der Länder mit der Bundeswehr für privilegierten Zugang in Schulen!

Wir fordern:

- Friedenserziehung an Schulen!
- Aufrechterhaltung der Zivilklausel an Universitäten und Hochschulen!

Wir fordern einen Unterricht zur Friedensfähigkeit und eine zivile Wehrhaftigkeit an Schulen gegen Ungerechtigkeiten, gegen Rassismus und gegen einen neuen Militarismus!

Vielen Dank für's Zuhören!